

zu ermöglichen, die anderen aber in arabischen Ländern endlich seßhaft zu machen.

Vergebliche Friedensvermittlung

Ein relativ neuer Schwerpunkt war das Vorhaben, mit führenden Vertretern der islamischen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft Kontakte aufzunehmen auf der Basis des gemeinsamen Glaubens an den einen Gott. Blake erklärte vor seiner Abreise, er gehe nicht in der „arroganten Erwartung“ in den Nahen Orient, durch seine Gespräche „unmittelbare politische Ergebnisse“ zu erzielen oder einen direkten Beitrag zur Lösung der Nahostkrise zu leisten. Aber der Weltrat der Kirchen dürfe auch nicht in einer Zuschauerstellung verharren. Die Uppsala-Resolution müsse ausgeführt werden.

Erste Station der Reise war ein dreitägiger Aufenthalt in Kairo, wo er mit drei Mitarbeitern aus Genf erschien, und zwar mit Erzpriester *G. Tsetsis*, Sekretär für orthodoxe Kirchen, *St. Samartha*, Sekretär für den Dialog mit Menschen anderen Glaubens, Pressesekretär Pfr. *W. Forker* und dem koptischen Bischof *A. Sammel* (epd, 6. 3. 69). Er besuchte die

Gottesdienste zweier orthodoxer Kirchen und die Koptisch-evangelische Gemeinde, die enge Verbindung zur Presbyterianischen Kirche in den USA unterhält, der Blake selber angehört. Er hielt ferner einen Vortrag in der islamischen Al-Azhar-Universität, die durch einen Professor auf dem oben erwähnten Treffen in Bossey vertreten war. Blake sprach aber auch mit Präsident Nasser, Außenminister Riad, dem er versicherte, daß der Ökumenische Rat zu den nichtchristlichen Religionsgemeinschaften und zu den arabischen Staaten gute Beziehungen wünsche, und mit dem Minister für islamische Angelegenheiten, Aziz Kamel (epd, 4. 3. 69).

Die zweite Station der Reise war am 4./5. März Beirut. Hier fand Blake eine verhältnismäßig freundliche Atmosphäre vor, sowohl beim Staatspräsidenten Helou wie bei den verschiedenen Kirchenführern. Er konnte sich auf die libanesischen Tradition der Toleranz berufen. Schwieriger waren die Besuche in Damaskus (Syrien), in Amman (Jordanien) und in Israel selber. Darüber gibt ein Abschluß-Interview Einzelheiten, das Generalsekretär Blake am 12. März nach Beendigung seiner Reise in London gab (epd, 13. 3. 69). Sehr

pessimistisch äußerte er sich über die Möglichkeiten einer Friedensvermittlung. Das Besorgniserregende sei, daß beide Seiten nicht bereit seien, Vermittlerdienste anzunehmen, obwohl sie wüßten, daß der Anstoß zu solchen Verhandlungen von außen kommen müsse. Die Gespräche mit den Staatsmännern waren höflich, aber negativ verlaufen. Für die örtlichen Religionsgemeinschaften, besonders die etwas isoliert lebenden Christen, war der Besuch eine Stärkung, erklärte Blake. Er hoffe auch, etwas für die jüdischen Minderheiten in den arabischen Staaten erreicht zu haben. Die neuen ägyptischen Auswanderungsvorschriften nannte er ermutigend.

In London wurden sogleich auf einem internen Treffen von Mitgliedern des Weltrates der Kirchen die Ergebnisse ausgewertet, ehe Blake nach den USA weiterflog, um die Regierung in Washington über seine Beobachtungen zu unterrichten. Im ganzen hinterläßt die Reise den Eindruck eines wohl notwendigen kirchlichen Aktivismus, dem es allerdings an Breiten- und Tiefenwirkung fehlt und der deshalb nüchtern einschätzen muß, was den mangelhaft geeinten Kirchen in dieser Welt möglich ist.

Vorgänge und Entwicklungen

Kirchliche Entwicklungshilfe auf dem Prüfstand?

Die Bemühungen um die Entwicklungshilfe befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase. Die erste Periode eines gewissen Enthusiasmus ist vorbei. Schon seit längerer Zeit breitet sich nicht nur unter jenen Bevölkerungsschichten, die in Unkenntnis der wahren Sachverhalte oder aus wirtschaftlichem oder nationalem Egoismus die Wirksamkeit und Nützlichkeit des Unternehmens bezweifeln möchten, sondern auch unter den Fachleuten Ernüchterung aus. Die Hoffnungen, die in die erste Entwicklungsdekade gesetzt wurden (1960—1970), haben sich bisher nicht annähernd erfüllt. Zwar lag die Wachstumsrate des Brutto-Sozialproduktes in den Entwicklungsländern in den Jahren 1960—1966 im Durchschnitt bei 4,9 Prozent, näherte sich also beinahe dem Planziel der ersten Dekade, das mit 5 Prozent angesetzt war. Doch variierten die Werte in einzelnen Ländern bis zu einer unteren Grenze von 2,7 Prozent. Auch stieg im gleichen Zeitraum das Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen infolge der starken Bevölkerungszunahme nur um 2,3 Prozent. Der ehemalige Generalsekretär der Welthandelsorganisation *P. Prebisch* kündete bereits 1967 an, die erste

Entwicklungsdekade drohe trotz der ermutigenden Erwartungen zu ihrem Beginn zu einem Jahrzehnt der Enttäuschung zu werden. Der Ausgang der zweiten Welthandelskonferenz in Neu-Delhi im Frühjahr 1968 gab ihm recht. Ihr mageres Ergebnis, das sich im wesentlichen auf Resolutionen über Rohstoffabkommen, über die Schaffung von Präferenzsystemen im Warenverkehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und auf allgemeine Postulate der Finanzhilfe beschränkte, wurde von einem indischen Kommentator mit dem Hinweis kommentiert: Die Entwicklungsländer seien in der Hoffnung auf ein Festmahl an den Konferenztisch gekommen. Aber was sie bekamen, seien ein paar Brosamen gewesen (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 243).

Sehr deutlich waren damals die Grenzen des Willens zu einer durchgreifenden Entwicklungspolitik auf seiten der Geber-, aber auch die Grenzen des Willens zur Selbsthilfe auf seiten der Nehmerländer zu erkennen. Beide Seiten waren nicht frei von politischem Prestigedenken. Politische Empfindlichkeiten überlagerten die ökonomischen und sozio-kulturellen Sachprobleme. Zudem weiß man, daß

die bisher erstrebte Finanzhilfe der Industrieländer von einem Prozent des Bruttosozialprodukts nur dann langfristig wirksam investiert werden kann, wenn die internationalen Handelsbedingungen, insbesondere durch Schutz der Rohstoffpreise der Entwicklungsländer, grundlegend zu deren Gunsten geändert werden können. Die bisherige, nicht sehr positive Bilanz hat aber neben der tatsächlich geleisteten Hilfe eine wesentliche Wirkung gehabt. Man gibt sich mehr Rechenschaft über die Voraussetzungen einer langfristigen Entwicklungspolitik, über die Mängel in der bisherigen Organisation, in der Auswahl der Projekte, in der Zusammenarbeit zwischen Geber- und Nehmerländern bzw. -instanzen. Man wird sich auch der politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen der Entwicklungshilfe in den Entwicklungsländern stärker bewußt und versucht auch von daher die eigene Operationsbasis (Strategie) zu überprüfen. Solcher Überprüfung, die zugleich Selbstprüfung sein sollte, diente für den kirchlichen Bereich (innerhalb der Bundesrepublik) auch das „Internationale Misereorkolloquium“ über „Probleme der kirchlichen Entwicklungshilfe“, das vom Hilfswerk der deutschen Katholiken vom 19. bis 22. Februar 1969 aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens in Bensberg bei Köln veranstaltet wurde und an dem etwa 80 Vertreter verschiedener Trägerorganisationen aus Übersee (Afrika, Asien, Lateinamerika) teilnahmen und ihre zum Teil recht unterschiedlichen Positionen zum Thema vortrugen. An dem Kolloquium nahmen neben Repräsentanten kirchlicher Entwicklungshilfe aus Österreich und der Schweiz auch drei Vertreter des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“ teil. Doch fehlten Vertretungen aus den kirchlichen Hilfsorganisationen aus dem nicht deutschsprachigen europäischen Ausland: wohl auch ein Zeichen dafür, daß die internationale Zusammenarbeit auf Seiten der Geberländer, die in Bensberg nur durch den Generalsekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Hilfswerke (CICE), *A. Vanistendael*, effektiv vertreten war, noch zu wünschen läßt.

Was ist Entwicklung?

Die Diskussion auf dem viertägigen Kolloquium, dem sich im Dom zu Köln die feierliche Eröffnung der diesjährigen Fastenaktion anschloß, wurden jeweils durch Kurzreferate eingeleitet. Sie wurden, sieht man vom Referat des letzten Tages über die entwicklungspolitische Problematik der Nahrungsmittelhilfe (Prof. *Th. Dams*, Freiburg) ab, ausnahmslos von Gesprächspartnern aus Entwicklungsländern gehalten. Das Gespräch — die Diskussion war wesentlich reichhaltiger und aufschlußreicher als die meisten der eher abstrakt konzipierten Referate — bewegte sich vornehmlich in drei Problemschichten: Wesen, Sinn und Zielsetzung der Entwicklung, Soforthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe, die Stellung kirchlicher Entwicklungshilfe im Heilsauftrag der Kirche. Daneben spielten selbstverständlich auch Fragen der Zusammenarbeit zwischen Geberinstitutionen in Europa und den Vermittlungs- oder Nehmerinstitutionen in den Nehmerländern bei der Entscheidung über die Verteilung der Kapitalhilfe und die Art der Durchführung der Projekte eine wichtige Rolle. Auch wurde von den Geberinstitutionen durch einzelne Sprecher aus Entwicklungsländern mehr Rücksicht auf die kulturelle Situation in ihren Ländern gefordert. Allerdings schienen solche Forde-

rungen, so berechtigt sie waren, mehr als einmal mit den Erfordernissen rationaler Wirtschaftsplanung zu kollidieren. Eine besondere Rolle spielte auch die Frage, wie insbesondere die Bischofskonferenzen der Nehmerländer noch stärker in den Entscheidungsprozeß über kirchliche Entwicklungshilfe einbezogen und wie Missionare noch wirksamer dafür interessiert und auch entsprechend ausgebildet werden könnten. Diese Bemühungen blieben, wie wir am Schluß noch sehen werden, freilich nicht unwidersprochen.

Erstaunlicherweise blieb das Ergebnis zur ersten Problemschicht recht mager. Vor allem unter sozial-ökonomischen Aspekten übte man Zurückhaltung. Die ökonomischen und die sozio-kulturellen Voraussetzungen kamen nicht so recht in den Blick. Sie wurden nur gelegentlich in Diskussionen und Referaten gestreift, meist mehr unter prognostischen als diagnostischen Gesichtspunkten, obwohl man sehr wohl den Eindruck gewann, man habe das diagnostische Stadium noch kaum hinter sich. Die sozialen und ökonomischen Realfaktoren kamen nur gelegentlich zu ihrem Recht, so insbesondere in dem Referat des stellvertretenden Direktors des Indian Social Institute, Neu-Delhi, *S. Santiago* (neben *Th. Dams*, *A. Vanistendael* und *R. Vekemans* eine der beherrschenden Figuren des Kolloquiums), als dieser seine Konzeption einer „positiven Gesellschaft“ für die heute in Entwicklung stehenden Länder vortrug und ein ökonomisches Mischsystem prognostizierte, das auf vier Arten von Eigentum beruhe: 1. Einzelbesitz von Häusern, landwirtschaftlichen und beruflichen Ausrüstungen, 2. ein hoher Anteil an genossenschaftlichem Besitz, 3. ein gewisser Anteil an staatlichem und kommunalem Besitz, der unmittelbaren Erfordernissen des Allgemeinwohls dient und der für die staatliche Gesamtentwicklungsplanung gebraucht wird, 4. ein potentiell weites Feld rentabel arbeitender Privatunternehmen. Auffallend war an dieser Konzeption gewiß nicht ihre Neuheit, eher ihre maßvolle Ausgewogenheit und die Tatsache, daß die hier avisierten Eigentumsformen als angestrebtes Ziel mit der Entwicklung in den Industrieländern weitgehend parallel laufen, sieht man einmal vom agrarischen Schwergewicht in den Entwicklungsländern ab. Santiago sah in diesem Mischsystem nicht nur die anzustrebende ökonomische Basis, sondern die Grundlage für den Aufbau einer stabilen Gesellschaftsordnung: Den Menschen solle es so ermöglicht werden, „durch Nachdenken, Lernen und Handeln auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit am Besitz teilzunehmen, um Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes zu nehmen und auf diese Weise die politische Demokratie erfolgreich zu verwirklichen“.

Entwicklung und Revolution

Von dieser ökonomisch-politischen Basis aus begegneten sich die Vorstellungen Santiagos mit den Thesen von Vekemans über die gegenwärtig in Lateinamerika bis zur gläubig hingenommenen Ideologie gesteigerten Konzeption von der „evolution integral“, die Vekemans, wenn nicht bei Adam und Eva, so doch buchstäblich mit 1 Mose 1, 26 beginnend zu beschreiben suchte. Entwicklung wurde hier verstanden als „soziale Aufgabe, die die Vollendung des Menschen und der Gesellschaft in all ihren Formen ermöglicht“. Da dieser Prozeß viele Werte umfasse, bedürfe er einer lehrhaft geprägten Konzeption. Der Bedarf an lehrhafter Grundlegung und an ideo-

logischer Konzeption schien in der Tat insbesondere bei den Lateinamerikanern enorm zu sein. Vekemans selbst holte weit in anthropologische Gedankengänge aus, wobei er mit Resultaten allerdings sehr im Abstrakten verblieb, etwa mit seiner Definition des Ziels der Entwicklung: ein Land oder Volk könne als entwickelt bezeichnet werden, „wenn daselbst die geistigen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen herrschen, die die Selbstverwirklichung des Menschen und der Gesellschaft ermöglichen“.

Einig war sich die Mehrheit der Teilnehmer mit Vekemans darüber, daß eine solche Gesamtentwicklung nur durch einen *radikalen Strukturwandel*, durch einen revolutionären Umbruch der Verhältnisse möglich ist. Bezüglich der Anwendung von Gewalt blieb Vekemans und mit ihm die meisten lateinamerikanischen Vertreter zurückhaltend. Zwar schloß er Anwendung von Gewalt nicht aus, da die herrschenden Schichten auf ihre Vormachtstellung nicht freiwillig verzichten würden, doch forderte er im Anschluß an die Beschlüsse der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellín „präzise Voraussetzungen“: äußerst starker Mißbrauch von Macht, Zwecklosigkeit aller friedlichen Wege (die jedoch erwiesen sein müsse), verantwortbare Relation zwischen den unvermeidlichen negativen Folgen und den durch den Mißbrauch der Macht provozierten Zuständen, begründete Aussicht auf Erfolg. Noch zurückhaltender formulierte Santiago: Es könne der Fall eintreten, daß man die bestehende Ordnung nachdrücklich bekämpfen müsse. Es sei durchaus möglich, daß eine Revolution zur Herstellung einer gerechten Gesellschaftsordnung wohl begründet sei, jedoch müsse ihr Wesen nicht notwendigerweise Gewalt sein.

Im ganzen hatte man von der Diskussion zur ersten Problemschicht einen doppelten Eindruck: Sie konzentrierte sich mehr auf Zielvorstellungen als auf die konkreten Voraussetzungen von Entwicklung bzw. auf die beherrschenden Faktoren der Unterentwicklung und, soweit diese Voraussetzungen analysiert wurden, beschränkte man sich trotz der ständigen Wiederkehr des in sich selbstverständlichen Postulats von der integralen Entwicklung auf die strukturell-politischen und vernachlässigte die sozial-psychologischen Faktoren der Entwicklungshemmung. Immerhin schienen die Asiaten wohl auf Grund der vorherrschenden angelsächsischen Tradition wirtschaftsnäher zu argumentieren als die Lateinamerikaner und ein Teil der Afrikaner. Gelegentlich gewann man den Eindruck, kulturell (und auch religiös) bedingte ökonomische Zustände würden durch eine vorzeitige Anthropologisierung des Entwicklungsproblems in ihrer ausschlaggebenden Bedeutung ziemlich verkürzt.

Sofort- oder Entwicklungshilfe?

Sehr viel konkreter gestaltete sich die Diskussion zur zweiten Problemschicht, zur Frage nach dem *Verhältnis von Soforthilfe und Entwicklungshilfe*. Diese Frage scheint nun mit dem Bensberger Kolloquium zu einem vorläufigen Abschluß gekommen zu sein. Jedenfalls markiert sie für das Selbstverständnis kirchlicher Entwicklungshilfe in Deutschland eine wichtige Wegstation. Misereor selbst hat sich zwar nie bloß als Organisation der Soforthilfe verstanden, ist aber doch mehr oder weniger unter diesem Gesetz angetreten und hat seine eigene Konzeption erst allmählich im Sinne langfristiger

Entwicklungsplanung durch entsprechende Schwerpunktverschiebungen in der Projektauswahl weiterentwickelt. Ein gewisser Konsens der Teilnehmer kam wohl in der Feststellung Santiagos zum Ausdruck: „Die Kirchen sollen die beiden Formen, Nothilfe und Entwicklungsarbeit verbinden, wobei in der heutigen Situation größeres Gewicht auf die letztgenannte zu legen ist.“ Rein karitative, in der Kirche immer noch gängige und vielfach als „humaner“ verstandene Schemata scheinen überwunden oder wenigstens in den Hintergrund zu treten, und zwar nicht nur bei den Geberorganisationen, sondern auch bei den Vertretern der Nehmerländer. Santiago verteidigte den Vorrang der langfristig geplanten Hilfe gegenüber möglichen Mißverständnissen im eigenen Lager: Wenn die Kirchen heute das Schwergewicht ihrer Hilfe mehr auf die langfristige Entwicklung mit struktureller Zielsetzung legten, so sei dies weder zu westlich, noch zu unrealistisch, noch zu berechnend.

Klärend wirkte zu diesem Fragenkomplex insbesondere das letzte Referat der Tagung (Prof. Dams), der die bisherige Konzeption der *Nahrungsmittelhilfe* kritisierte und Nahrungsmittelhilfe als einen wirksameren Weg zu ökonomischer Selbsthilfe entschieden ablehnte. Entwicklungshilfe, so wurde auch von anderen Teilnehmern immer wieder betont, müsse nicht der momentanen Not, sondern den tiefer liegenden Ursachen der Not abhelfen. Dams versuchte an verschiedenen Beispielen die Unwirksamkeit der Nahrungsmittelhilfe gerade für die Beseitigung der Ursachen der Unterentwicklung aufzuzeigen. Er wies besonders auf die Strukturabhängigkeit der Nahrungsmittelhilfe hin. Je unzureichender die Infrastrukturen eines Landes seien, um so unzulänglicher ließen sich die Nahrungsmittel an die Bedürftigen verteilen. In Ländern mit Lagerungs- und Verteilungsschwierigkeiten bestehe das große Risiko, daß die zusätzlich gelieferten Nahrungsmittel wegen des mangelhaften Verteilerapparats die Hungernden gar nicht erreichten. Am wirksamsten sei die Nahrungsmittelhilfe noch im Rahmen der sog. „Food for Work-Programme“, derer sich u. a. auch der amerikanische Catholic Relief Service bedient. Im Rahmen dieser Programme werden Nahrungsmittellieferungen an die Bedingung geknüpft, daß die Adressaten der Nahrungsmittelhilfe ihre Arbeitskraft für bestimmte Projekte (Straßen-, Wohnungs-, Schulbau) zur Verfügung stellen.

An Hand von Fakten belegte Dams zudem, daß die als Entwicklungshilfe ausgegebene Nahrungsmittelhilfe weniger den Entwicklungsländern diene, sondern daß mit der Nahrungsmittelhilfe vielfach entwicklungsfremde Zwecke verbunden seien, die sich besonders in den USA-Hilfsprogrammen abzeichneten: Stabilisierung der Landwirtschaft, Vergrößerung des internationalen Handels mit Nahrungsmitteln, Stärkung der kollektiven Macht der freien Welt. Dams warnte davor, aus falsch verstandener christlicher Verantwortung *Nahrungsmittelhilfe* und *Agrarpolitik* miteinander zu verbinden, in der Meinung, man könne damit zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: durch Abbau der Lebensmittelüberschüsse die eigene Landwirtschaft sanieren und zugleich konstruktiv in der Entwicklungspolitik mitwirken. Die beiden Zielsetzungen ließen sich nicht über die Nahrungsmittelhilfe zu einer Einheitskonzeption im weltwirtschaftlichen Austausch vereinen. Man müsse sich darüber im klaren sein, daß die Nahrungsmittelhilfe insbesondere zu Zeiten großer landwirtschaftlicher Überschüsse „fast ausschließlich“ auf die

Verwirklichung der Zielsetzungen der Geberländer gerichtet sei. Der wirksame Weg zur Versorgung der Bevölkerung in den Entwicklungsländern könne nur über die *Ausdehnung der Eigenproduktion* in den Entwicklungsländern selbst führen. Damit vermeide man, nur am Symptom herumzukurieren, und ziele auf die Beseitigung der Ursachen der Unterversorgung. Man sollte dabei allerdings nicht versuchen, den Mythos der Gegenwart (Hilfe durch Nahrungsmittelgeschenke) durch einen Mythos der Zukunft (unbegrenzte Möglichkeiten der Anwendung technischer Erkenntnisse) zu ersetzen. Es gelte vielmehr, die konkreten Vorbedingungen für die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zu schaffen. Das bedeutet aber: Änderung der traditionellen Verhaltensweisen, Hebung des Bildungsniveaus, Verbesserung der Produktionsmethoden. Das größte Brachland liege in den Köpfen der Unwissenden. Damit hatte der wirtschaftswissenschaftliche Gesprächspartner das Problem der „integralen Entwicklung“ unter einem sehr realen Gesichtspunkt beleuchtet und die etwas übersprudelnden sozialanthropologischen Projektionen mancher theologischer Gesprächspartner auf ihre Voraussetzungen rückbezogen.

Ein offensichtliches Dilemma

Als übereinstimmendes Ergebnis des Fragenkreises Sofort- oder Entwicklungshilfe, das sich am Beispiel der Nahrungsmittelhilfe besonders gut aufweisen ließ, konnte festgehalten werden: Für die Kirche gibt es hier zwar keine Alternative im strengen Sinn. Sie muß in beiden Bereichen tätig sein, aber die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten stärker im Auge behalten. Diese dürfen nicht nur nicht zugunsten der Sofort- (z. B. Katastrophenhilfe) zurückgestellt werden, ganz im Gegenteil müsse die Katastrophenhilfe, soweit nur irgendwie möglich, selbst mit in den Dienst langfristiger Entwicklung gestellt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen kirchlichen Organisationen etwa zwischen den bischöflichen Hilfswerken und dem Caritasverband. Dabei müßte die Kooperation wohl eine möglichst klare Arbeitsteilung einschließen, soll ungesundes Prestige- und Konkurrenzdenken, wie es auch im Rahmen der deutschen Biafrahilfe sichtbar wurde, vermieden werden. Ob die Deutsche Bischofskonferenz entwicklungspolitisch weit-sichtig gehandelt hat, als sie die von verschiedenen Diözesen aus den Haushaltsmitteln 1969 zu Entwicklungszwecken zur Verfügung gestellte Summe von 6,5 Millionen DM ausschließlich zum Zweck der Soforthilfe zur Verfügung stellte (5 Millionen für Biafra, 1,5 Millionen für andere Härtefälle), kann wenigstens nach dem Bensberger Gespräch dahingestellt bleiben. Langfristige Planung ist auf eine möglichst sichere Kontinuität der Mittel angewiesen. Gerade deswegen sollten Beiträge aus Kirchensteuermitteln primär, wenn nicht ausschließlich der Entwicklungshilfe mit langfristigen Vorhaben zugute kommen. Nicht zuletzt deswegen erscheint es als besonders dringlich, daß man sich möglichst bald auf einen festen Beitragssatz (auf die projektierten zwei Prozent des Kirchensteueraufkommens) einigt.

Wenn man sich aber für eine Schwerpunktverlagerung von der Sofort- zur Strukturhilfe (die durch die Möglichkeit wachsender Selbsthilfe sich vergrößern soll) entschieden hat, so bleibt immer noch die Frage nach den geeigneten Ansätzen einer solchen langfristigen Struktur-

hilfe. Hierüber waren sehr gegensätzliche Meinungen zu hören. *J. Segers SJ* (Kinshasa) gab zu bedenken, da die Mittel (insbesondere die kirchlichen) nun einmal sehr beschränkt seien, müsse für ihre möglichst rentable Verwendung gesorgt werden. Deswegen müsse Entwicklungshilfe zunächst dort ansetzen, wo bereits ein gewisses „Anfangspotential“ vorhanden sei, andernfalls bleibe sie wirkungslos. Erzbischof *J. Zoa* (Yaunde/Kamerun) widersetzte sich diesem Vorschlag energisch: Gerade den Ärmsten müsse geholfen werden. Man stieß hier auf ein offensichtliches Dilemma. Setzt man bei den ärmsten Gruppen und Schichten an, droht die Hilfe im Sinne langfristiger Investitionshilfe zu verpuffen, weil die von Dams genannten strukturellen Voraussetzungen fehlen. Wird die Hilfe vornehmlich auf die wirtschaftlich bereits potenteren Gruppen konzentriert, droht unter Umständen eine Verfestigung des sozialen Ungleichgewichts in den Entwicklungsländern selbst. Zu lösen, so schien es, ist dieses Dilemma wiederum nur durch eine möglichst wirksame Kombination von Sofort- und Entwicklungshilfe.

Dasselbe Problem kam auch noch unter einem anderen Aspekt zur Sprache: Wer trägt die entstehenden *Folgekosten*? Und inwieweit sind diese bereits bei der Projektplanung zu beachten? In einer Zusammenfassung der Diskussion wurde u. a. festgehalten: Grundsätzlich muß bei der Finanzierung eines Projekts die gewährte Hilfe ausreichen, um dieses selbst zu Ende zu führen. Es soll aber bereits bei der Anfangsplanung so entschieden werden, daß sich das Projekt nach Durchführung möglichst selbst finanzieren kann. Doch könne bei gewissen Projekten (z. B. Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen) auf langfristige oder gar unbefristete Hilfe nicht verzichtet werden (*Zoa*). Darauf müsse man aber mehr als bisher bei der Gesamtplanung Rücksicht nehmen: Man könne z. B. nicht Krankenhäuser bauen, ohne auch deren medizinisch-technische Ausrüstung einzukalkulieren (*Schütte*). Dies könne freilich nicht so geschehen, daß die Geberorganisation den Trägern des finanzierten Projektes die Sorge für dessen betriebliche Instandhaltung abnehme. Damit würde der Wille zur Selbsthilfe eher gelähmt als gefördert. Daß gerade in diesem Punkt die Meinung der an den Projekten beteiligten Partner oft nur schwer auf einen Nenner zu bringen ist, zeigten manche Diskussionsbeiträge ebenfalls.

Entwicklungshilfe und Heilsauftrag der Kirche

Zu dieser letzten Problemschicht, die offenbar mehr Zeit beanspruchte, als man eigentlich erwarten konnte, kann hier nur wenig gesagt werden. Ihr galten vor allem die beiden Eingangsreferate von *Th. van Asten*, Generaloberer der Weißen Väter, über „Kirchliche Entwicklungshilfe und Glaubensverbreitung“ und von *J. Schütte*, ehemaliger Generaloberer der Steyler Missionare und heute Sekretär der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* für die Sektion Frieden über „Evangelisation und kirchliche Entwicklungshilfe nach dem Missionsdekret *Ad Gentes*“ und die Diskussion des ersten Tages. Man gab sich große Mühe, die kirchliche Entwicklungshilfe als „integralen“ Bestandteil kirchlicher Sendung auszuweisen und einsichtig zu machen, daß die Entwicklungshilfe wie die direkte Evangelisierung zur „eigentlichen Missionsarbeit“ gehöre (*P. Schütte* im Anschluß an das Missionsdekret). Manchem mochte soviel theologische Mühe angesichts des Diskussionsgegenstandes nicht ganz einsichtig sein. Er mochte

den Scharfsinn, der auf eine „Rechtfertigung“ kirchlicher Entwicklungshilfe verwandt wurde, höchstens durch die Tatsache erklären, daß der überwiegende Teil der anwesenden Kleriker und Angehörige von Orden oder Missionsinstituten war und daß bei aller Betonung universaler Solidarität die Tendenz, mittels der Entwicklungshilfe das kircheneigene institutionelle Potential zu festigen, noch nicht ganz überwunden war.

Interessanter wurde für den theologisch Unbeschwerteren die Diskussion dort, wo von den konkreten *Trägerstrukturen* die Rede war, wo es um die Frage ging, wer für die Durchführung kirchlicher Projekte verantwortlich sein solle und in welcher Weise die Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen staatlichen und privaten Institutionen möglich sei. Aus diesen Fragen schälte sich dann doch ein Problem heraus, das der Mission in nächster Zukunft einiges zu schaffen machen dürfte. Hinter der theologischen Akririe verbarg sich eine eher pragmatische Frage bzw. die Tatsache, daß heute jedenfalls in den Nehmerländern die Amtskirche, die Bischofskonferenzen (über diese wurde noch gesondert diskutiert), der Missionar als die geborenen Träger der Entwicklungshilfe anzusehen sind. Überwiegend entschied man sich wohl für die Meinung, wo keine anderen Trägerstrukturen zur Verfügung stehen, müsse die Mission (im Sinne der Amtskirche in der Mission) die Funktionen subsidiär wahrnehmen. Man müsse aber gleichzeitig für die Schaffung neuer Trägerstrukturen sorgen. Aber trotz dieser grundsätzlichen Klärung schien man nur beschränkt bereit, autonomen Trägern planvoll und konsequent Raum zu geben. *P. Schütte* beispielsweise wünschte eine pragmatische Lösung: entscheidend sei die größere Effizienz. Dieser Standpunkt mochte im Blick auf die Entwicklungshilfe selbst praktikabel sein, wenigstens vorläufig. In den Rückwirkungen auf die Kirche dürfte dies nicht in gleicher Weise zutreffen.

S. Kappen SJ hat diese Rückwirkungen erst jüngst am

Beispiel Indien in einem Beitrag in den „Katholischen Missionen“ (März/April 1969, S. 43 ff.) beschrieben: Je mehr sich die Kirche im Entwicklungsbereich als Institution und als Amtskirche engagiert, um so mehr droht sie von neuem mit einer politisch-wirtschaftlichen Institution mit weltlichen Zielsetzungen verwechselt zu werden und sich dem Volk, vor allem den ärmeren Schichten, zu entfremden. Überdies werden immer mehr Geistliche mit sozial-ökonomischen Aufgaben betraut. Dieses Engagement geht aber nicht selten zu Lasten der eigentlichen Seelsorge. Neben der Entfremdung gegenüber den Nichtchristen führt dieser Zustand auch zu neuen innerkirchlichen Spannungen, zum Teil innerhalb der Missionsinstitute selbst: gewiß ein bisher wenig diskutierter Aspekt der vielbesprochenen Krise der Mission!

Das kann nicht heißen, daß sich die Kirche im finanziellen und personellen Einsatz mäßigen soll. Wohl aber müßte eine kirchliche Streuung der Trägerschaft angestrebt werden mit größerer Beteiligung von Laienkräften, die ihrerseits bei der Durchführung der Projekte (in wenigstens zum Teil gemischten Institutionen) mit anderen religiösen Gruppen und den staatlichen Stellen enger zusammenarbeiten. Ebenso wird man sich, auch diese Meinung wurde mit guten Argumenten vertreten, bei der Durchführung von Projekten in eigener Regie eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegen müssen und schon im Interesse der Zusammenarbeit mit nichtkirchlichen Stellen sich vorzugsweise auf solche Projekte konzentrieren (z. B. Gesundheitswesen, Sozialdienste), die von anderen Trägern (Regierungen, Internationalen Organisationen) vernachlässigt werden (*Vanistendael*). Schließlich wäre wohl auch zu bedenken, was *P. van Asten* in seinem Referat ausführte: Die Kirche hat die doppelte Funktion, sich selbst an der Entwicklungshilfe zu beteiligen und zugleich mahnendes Entwicklungsgewissen in der Gesellschaft zu sein. Die letztere ist eigentlicher Auftrag der Kirche, in der ersteren kann sie nur eine subsidiäre Aufgabe erfüllen.

Das kirchliche Amt als ökumenisches Problem

Zum rechten Zeitpunkt, da in allen Kirchen die Diskussion um die gültigen Strukturen entbrannt ist, hat die Kommission Faith and Order, Genf, ein beachtliches Studiendokument über „Die Bedeutung der Ordination“ vorgelegt (abgedruckt in „Ökumenische Diskussion“ Nr. 4, 1968, S. 170–196). Bescheiden heißt es dazu, es solle die Diskussion in Gang bringen. An sich ist das Thema seit den Anfängen des Weltrates der Kirchen durchdiskutiert worden, aber es versandete in den ekklesiologischen Schwierigkeiten. Nach dem Beitritt der Orthodoxen Kirchen wurde es auf der Weltkonferenz von Montreal 1963 wiederaufgegriffen. Doch erst das Zweite Vatikanum brachte mit der Erneuerung des Kirchenbegriffes und der eigentümlichen Koinonia mit den Konzilsbeobachtern die große Chance, zumal jetzt die römisch-katholische Theologie vielstimmig in die Diskussion eintrat. Aber manche weitgehende Übereinstimmung im Verständnis der Eucharistie, durch die neuen Hochgebete des römischen Liturgierates fast in greifbare Nähe gerückt, und die drängende Frage der Interkommunion legte über die innerökumenischen Unionsverhandlungen hinaus (vor allem der Kirche von England mit den Methodisten) die eigentliche Crux kirchlicher Einigung

bloß, eben das Verständnis des kirchlichen Amtes und der Ordination als Bedingung gültiger Sakramente. Die Keimzelle des neuen Entwurfs entstand auf der Faith-and-Order-Konferenz von Bristol („Bristol 1967“. Reports-Minutes-Documents. Faith and Order Paper Nr. 50, S. 144 f.). Daraus wurde in mehreren Arbeitsgängen das Studiendokument.

Die aktuellen Schwerpunkte

Die Studie macht sich zunutze, daß heute Kirche in erster Linie als „Volk Gottes“ verstanden wird und formuliert sofort: „Das Amt steht nicht über oder vor, sondern innerhalb dieses Volkes.“ Dem entspricht das neue Verständnis des missionarischen Wesens der Kirche, ihre Öffnung zur Welt und die Erkenntnis, daß eine „radikale Folgerung“ der Aspekt des Dienens ist. Eine nicht minder radikale Folgerung ergebe sich aus der Einsicht von der Gegenwart des Heiligen Geistes in der Kirche wie in den charismatischen Gaben. So müßten alle Kirchen „radikalere Fragen“ durchdenken als nur, was eine gültige Ordination konstituiert. Dazu nötige vor allem die neutestamentliche Forschung.